

AF/2023/009
E: 29.11.2023



FDP-Fraktion

in der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung

**Stadt Ahrensburg
Der Bürgermeister**

Mittwoch, 29. November 2023

Anfrage an den Finanzausschuss am 04. Dezember 2023 zum Haushalt 2024

Wir bitten die Verwaltung

- 1) um Überprüfung der in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Positionen und gegebenenfalls um eine Korrektur der Planungsansätze.
- 2) die generellen Auswirkungen, die durch die Verabschiedung des Haushaltes erst im Januar 2024 entstehen, zu überprüfen. Hierdurch wird auch die Genehmigung aus dem Ministerium für Inneres SH erfahrungsgemäß nicht vor April 2024 erfolgen. Dies kann zur Konsequenz haben, dass sich der Beginn einer Planung/Umsetzung von Maßnahmen, insbesondere bei Instandhaltungen und Investitionen, deutlich verschieben können und damit finanzielle und personelle Ressourcen im Jahr 2024 nicht mehr in der geplanten Höhe realisiert werden können.

Die Seitenzahl bezieht sich auf die Anlage 5 (FinA) des Haushaltsplanes

Seite	Konto	Bezeichnung	Bisherige Planung in Euro	Beantragte Änderung/Überprüfungen
4	5141040	Grundstücksabgaben etc.	21.200	Überprüfung der Straßenreinigungsgebühren in 2024. Die Gebühren wurden zuletzt Ende 2018 festgesetzt und dürften somit nicht mehr kostendeckend sein.
5	5211000	Unterhaltung Grundstücke etc Diverse Positionen auch in anderen Ausschüssen	Bei 12 Positionen des FinA sind pauschale Preissteigerungen bis 35 % angesetzt worden.	Überprüfung dieser Positionen aller Ausschüsse in Hinblick auf den pauschalen Ansatz von 35%. Bei Strom und Heizung konnten die pauschalen Ansätze bereits nach unten korrigiert werden
5	5211000	Unterhaltung Grundstücke etc. hier Rathaus	115.500	Überprüfung: Bereits von 2022 auf 2023 ist diese Position um 34% gestiegen. Wodurch erklärt sich die nochmalige Steigerung in 2024 um 27.500€ bei einem instandgesetzten Rathaus?
5	5211010	Unterhaltung Grundstücke einmalig Rathaus	20.000	Überprüfung: Wieso müssen in einem instandgesetzten Rathaus für 20.000€ Fenster ausgetauscht werden?
6	5231000	Mieten Pachten Strusbek 23	370.000	Überprüfung: Warum wurde nur in 2024 diese Position um 40.000€

FDP-Fraktion

in der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung

				erhöht?
10	4411000	Mieten und Pachten div. Positionen		Überprüfung: Gegenüber den Vorjahren werden gleichbleibende Mieten/Pachten angesetzt, obwohl gleichzeitig Preissteigerungen bis 35% bei der Unterhaltung geplant werden?
17	5511010	Zinsaufwendungen SBF.	250.000 in 2024 150.000 in 2025	Überprüfung: Auf eine Anfrage der FDP teilt der FD IV.2 mit, dass seit Juni 2023 keine neuen Verzugszinsen mehr anfallen können. Kann eine Änderung in 2024 und 2025 auf Null erfolgen?
17 18	3127350 und 3217350 und	Verbindlichkeiten aus Neuaufnahme Investitionskredite/Tilgungen und Zinsen	35.000.000 Neuaufnahme 2.000.000 Tilgung 2.000.000 Zinsen	Überprüfung: Der 100ige ganzjährige Ansatz für die Aufnahme neuer Kredite erscheint nicht wahrscheinlich, da Investitionstätigkeiten nicht alle zum Jahresbeginn erfolgen. Dies bezieht sich auch auf die hieraus resultierenden Tilgungen.

Um mögliche Konsequenzen in den HH 2024 einbeziehen zu können danken wir im Voraus für eine zeitnahe Überprüfung und Beantwortung.



Wolfgang Schäfer
Stadtverordneter

Antwort zur Anfrage AF/2023/009 der FDP vom 29.11.2023**11145.5241040**

FD I.1: Aktuell kann nicht abgeschätzt werden, zu wann und um wieviel Prozent die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren erfolgt. Daher ist der Ansatz 2024 zunächst unverändert.

11155.5211000-diverse

FD IV.4: Geschätzte Preissteigerung 35% aufgrund gestiegener Öl- und Gaspreise und geopolitischer Unsicherheiten; Inflation; Kosten für Baumaterialien sind stark angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der Corona- und kriegsbedingt gestörten Lieferketten; Rohstoffknappheit; Lieferengpässe sowie eine gestiegene Nachfrage für Holz, Stahl, Dämm- und Kunststoffe in den USA und China haben insbesondere in Deutschland zu einer Verteuerung von Baumaterialien geführt; Fachkräftemangel bei Handwerkern, damit einhergehenden Lohnsteigerungen.

11155.5211000-8810.1

FD IV.4: Im Rathaus wurden im Zuge der Sanierung neue Anlagen verbaut, wie z.B. Photovoltaik, Sonnenschutzanlage, Beleuchtungsanlagen, Lüftungsanlagen im Gebäudekern; Kühlung Server, welche instandgesetzt werden müssen; weitere Preissteigerung entstehen aufgrund gestiegener Öl- und Gaspreise und geopolitischer Unsicherheiten; Inflation; Kosten für Baumaterialien sind stark angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der Corona- und kriegsbedingt gestörten Lieferketten; Rohstoffknappheit; Lieferengpässe sowie eine gestiegene Nachfrage für Holz, Stahl, Dämm- und Kunststoffe in den USA und China haben insbesondere in Deutschland zu einer Verteuerung von Baumaterialien geführt; Fachkräftemangel bei Handwerkern, damit einhergehenden Lohnsteigerungen.

11155.5211010-8810.1

FD IV.4: Die Beantwortung erfolgte bereits im letzten FINA am 13.11.2023 mit Anlage 2 zu TOP 10:

„Austausch von Glasscheiben/ Glasschäden die nicht in der Versicherung abgedeckt sind; sowie einmalige Maßnahmen nach der Bauphase, die nicht mehr unter SBF laufen.“

11155.5231000-8810.5

FD IV.4: Gemäß des aktuellen Mietvertrages haben wir eine Anpassung der Miete gem. Mietpreisindex; ebenso haben wir eine Erhöhung bei der Miete für Fluchttreppe für den 2. Rettungsweg. Es wurde versäumt die Erhöhung in die Folgejahre zu übernehmen. Auch für die 2025-2027 müssen jeweils 370.000 € angesetzt werden. Die Änderungen werden in die 2. Änderungsliste aufgenommen.

52210.4411000-diverse

FD IV.4: Eine Mieterhöhung muss grundsätzlich erfolgen, jedoch gibt es für Ahrensburg keinen Mietenspiegel und die Stadt kann auch zur Ermittlung auch keine Vergleichswohnungen anführen, daher ist ein rechtssicheres Mieterhöhungsverlangen nur mit einem individuellen Gutachten pro Wohnung umsetzbar.

61200.5511010

FD IV.2: Die Beantwortung erfolgte bereits im letzten FINA am 13.11.2023 und wurde in die 1. Änderungsliste zur Vorlage 2023/102 aufgenommen. Es können die Jahre 2026 und 2027 auf null gesetzt werden.

61200.5517000/3217350

FD I.1: Es kann jeweils eine Reduzierung von 500.000 € vorgenommen werden, davon ausgehend, dass Kredite ab Mitte 2024 aufgenommen werden müssen. Die Änderungen werden in die 2. Änderungsliste aufgenommen.

gez.

Sabrina-Nadine Blossey